

Interpellation 303

Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

Marta Lehmann und Karin Pfenninger namens der SP-Fraktion vom 29. Oktober 2023

Die Stiftung Pro Juventute¹ zeigt deutlich auf, was auch verschiedene Studien bestätigen: Krisen überlappen sich, die Zeit nach der Coronapandemie, Klimakrise, Ukrainekrieg, der aktuelle Nahostkonflikt sowie die drohende Inflation haben weitreichende langfristige Auswirkungen auf die psychische Gesundheit junger Menschen. Verstärkt wird diese multiple Krise durch die Omnipräsenz der sozialen Medien. Diese Krisen treffen Jugendliche in einer besonders sensiblen Lebensphase. Gemäss Pro Juventute haben Beratungen zu Suizidgedanken in Rekordhöhe zugenommen. Jugendliche klagen vermehrt über ausgeprägte Zukunftsängste.

Weiter weist Pro Juventute² darauf hin, dass Jugendliche mit den Herausforderungen, die mit der Lehre auf sie zukommen, stark belastet sind. Der Druck im Arbeitsmarkt steigt, insbesondere durch den anhaltenden Mangel an Fachkräften. Dies hat Auswirkungen auf die Kontinuität der Betreuung junger Lernender in den Betrieben, was schnell zu Überforderung und damit verbundenen psychischen Problemen führen kann.

Vor der eigentlichen Therapie können niederschwellige Beratungsangebote wie die Notrufnummer 147, die Dargebotene Hand, Jugendanimation, Jugend- und Familienberatungen, schulergänzende Beratungsstellen usw. eine wichtige Unterstützung bieten. Sie tragen dazu bei, dass Probleme frühzeitig erkannt und angegangen werden können. Es zeigt sich jedoch, dass diese Beratungsangebote bereits stark ausgelastet sind und der steigenden Nachfrage kaum mehr gerecht werden können.

Der Planungsbericht über die psychiatrische Versorgung im Kanton Luzern³, welcher 2021 im Kantonsrat beraten wurde, hat eine deutliche therapeutische Unterversorgung aufgezeigt, insbesondere betreffend die Versorgungsstruktur in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, die bei Weitem nicht ausreicht. Die beschlossenen Massnahmen zielen jedoch praktisch ausschliesslich auf die Psychiatrie und ihre medizinischen und therapeutischen Angebote ab. Der bestehende Fachkräftemangel verhindert indes eine rasche und zeitnahe Umsetzung der beschlossenen Massnahmen. Diese können teilweise erst in einem Zeithorizont von drei Jahren umgesetzt werden.

Laut aktuellen Umfragen besteht bei fast der Hälfte der Jugendlichen eine grosse Unkenntnis darüber, wo sie sich in einer akuten Krise Hilfe suchen können. Diese alarmierende Erkenntnis verdeutlicht die dringende Notwendigkeit, Jugendlichen eine geeignete Anlaufstelle zur Verfügung zu stellen, um ihnen in schwierigen Situationen Unterstützung und Beratung bieten zu können.

¹ <https://www.projuventute.ch/de/stiftung/aktuelles/sofort-hilfe-kinder-jugendliche>

² <https://www.147.ch/de/artikel/krise-in-der-lehre-was-tun/>

³ Vgl. Kanton Luzern (2021), Planungsbericht über die psychiatrische Versorgung im Kanton Luzern; [document \(lu.ch\)](#)

Der Stadtrat wird aufgefordert, zu folgenden Fragen Stellung zu beziehen:

1. Welche Entwicklungen der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stellt der Stadtrat auf kommunaler Ebene fest?
2. Wie beurteilt der Stadtrat angesichts der psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgungssituation für Kinder und Jugendliche den Stellenwert der Angebote wie Akzent, CONTACT Jugend- und Familienberatung, Klick Fachstelle Sucht Region Luzern?
3. Wie ausgelastet ist CONTACT Jugend- und Familienberatung als zentrale Anlaufstelle, um beratende Sekundärprävention zu gewährleisten? Dies, um durch frühzeitige Erkennung sowie gezielte Intervention und Unterstützung das Risiko weiterer psychischer Probleme zu verringern.
4. Wie zugänglich und bekannt sind die Angebote für Jugendliche mit ihren spezifischen Anliegen? Gibt es aus Sicht des Stadtrates Möglichkeiten, die Angebote besser zu vermitteln und niederschwelliger zugänglich zu machen?
5. Wie ausgelastet sind die Schulsozialarbeit und der Schulpsychologische Dienst und inwiefern können sie eine beratende und begleitende Funktion bei Jugendlichen mit psychischen Problemen übernehmen?
6. Ist der Stadtrat bereit, unter Einbezug des Kantons im Kinder- und Jugendschutz und in der Kinder- und Jugendförderung umgehend Massnahmen zu ergreifen, rasch und mindestens für die nächsten drei Jahre Mittel bereitzustellen, damit diese Angebote gestärkt werden können?